



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

### **Bildung für nachhaltige Entwicklung II – Netzwerkentwicklung zu Umweltbildung und BNE fördern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. in Kooperation mit den jeweiligen Runden Tischen für Umweltbildung / Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) einen Kongress zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ in den Bezirken zu organisieren. Zu diesem Kongress sollen neben den Mitgliedern der Runden Tische für Umweltbildung/BNE auch die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte (insbesondere die Umweltbeauftragten der Schulen), Elternbeiräte und Sachaufwandsträger eingeladen werden,
2. auf dem Kongress den Austausch zwischen Akteuren der Umweltbildung/BNE und den Schulgemeinschaften zu ermöglichen. Dadurch soll vonseiten der Akteure der Umweltbildung/BNE zum einen besser auf die Bedürfnisse der Schulen eingegangen werden können, zum anderen sollen dadurch Schülerinnen und Schüler, Elternbeiräte, Sachaufwandsträgerinnen und Lehrkräfte in die Lage versetzt werden, die BNE nach ihren Bedürfnissen aktiv zu gestalten.

Ziele der Kongresse sollen sein:

- Austausch, Diskussion und Eruiierung von bestehenden Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzepten
  - Diskussion und Austausch über Möglichkeiten, insbesondere Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte, Sachaufwandsträger und Elternbeiräte an der Umsetzung von Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzepten zu beteiligen
  - Austausch über die Erwartungen und Wünsche von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Sachaufwandsträgern und Elternbeiräten
  - Diskussion über sowie Entwicklung von Konzepten zu den Chancen digitaler Medien für den Einsatz in der BNE
  - Schließen neuer sowie Ausbau bereits bestehender Kooperationen im Bereich BNE zwischen Schulen sowie externen Bildungsträgern
3. die jeweiligen Schulleitungen zu ermuntern, für die Teilnahme an den Kongressen zu werben und diese als Fortbildung anzuerkennen,
  4. die Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler, die mit dem ÖPNV zu den Kongressen kommen, zu erstatten und die Befreiung vom Unterricht zu erteilen,
  5. eigeninitiativ organisierte Kongresse zu finanzieren.

Die dafür nötigen zusätzlichen Mittel bildet die Staatsregierung im Entwurf des nächsten Staatshaushalts ab.

**Begründung:**

Die Runden Tische für Umweltbildung/BNE sind die Netzwerke der Umweltbildung auf der Ebene der Bezirke. Hier findet der Austausch über sowie die Koordination verschiedener Umweltbildungsinitiativen und Projekte statt. Damit leisten die Runden Tische einen wesentlichen Beitrag zur Umweltbildung an den Schulen. Zumeist nehmen jedoch nur wenige Personen sowie lediglich Vertreterinnen und Vertreter der Akteure der Umweltbildung teil. Der Kongress soll daher einer Vielzahl von Personen die Möglichkeit geben, die Umweltbildung aktiv mitzugestalten und ihre Erwartungen und Wünsche an die Akteure der Umweltbildung heranzutragen.

Die Kongresse sollen vor allem als Diskussionsplattformen und Netzwerke fungieren. Dadurch sollen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Elternbeiräte in die Lage versetzt werden, sich über Umweltkonzepte mit anderen Schulen sowie externen Experten auszutauschen, um die Umweltbildung an den Schulen in ihrem Sinne zu gestalten.

Durch das Werben der Schulleitung soll die Sichtbarkeit des Kongresses sowie die Beteiligung von Lehrkräften, Schülerinnen und Schüler und Eltern erhöht werden. Dazu kann die Staatsregierung z. B. Werbematerialien zur Verfügung stellen.

Der Kongress soll unter anderem Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, über die Gestaltung ihrer Umweltbildung mitzuentcheiden. Um die Hürden für eine Teilnahme von Schülerinnen und Schülern so gering wie möglich zu halten, sollen die Fahrtkosten erstattet werden. Der Kongress ist für den Zeitraum seiner Dauer als außerschulische Bildungsveranstaltung anzusehen und deshalb ist die Unterrichtsbefreiung auszustellen.

Schulen und Netzwerke, die eigeninitiativ Kongresse und Zusammenkünfte organisieren, müssen personell und finanziell keine Nachteile gegenüber den zentral organisierten haben.